

SVV lehnt Stellenaufwuchs mehrheitlich ab – Statement der Bürgermeisterin

Ablehnung des mobilen Bürgerservices: Eine verpasste Chance für viele Menschen in unserer Stadt

Mit großem Bedauern nehme ich die Entscheidung der Stadtverordneten-versammlung zur Kenntnis. Sie hat die für den mobilen Bürgerservice vorgesehene Stelle nicht entsperrt und damit die Verstetigung des Angebots abgelehnt. Das geschah trotz einer mehrheitlichen Empfehlung in den Fachausschüssen. Die Entscheidung beendet die Erprobung. Die Stadtverwaltung hat über ein Jahr intensiv darauf hingearbeitet.

Der mobile Bürgerservice war kein Selbstzweck. Wir wollten die Dienstleistungen des Bürgeramtes direkt zu den Menschen bringen, die sie am dringendsten brauchen: ältere Bürgerinnen und Bürger, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Einwohnerinnen und Einwohner in unseren weiter entfernten Ortsteilen.

Wer heute ins Rathaus kommen will, braucht Hilfe

Viele Betroffene müssen Angehörige, Nachbarn oder Pflegedienste organisieren, nur um einen Termin im Rathaus wahrzunehmen. Genau hier sollte der Bürgerdienstebus helfen. Er hätte Menschen ein Stück Selbstständigkeit zurückgegeben, Wege verkürzt und den Zugang zu Verwaltungsleistungen deutlich erleichtert.

Ein Jahr Vorbereitung

Die Stadtverwaltung hat erhebliche Vorleistungen erbracht. Mitarbeitende aus den Fachämtern, der IT, dem Datenschutz und vielen weiteren Bereichen haben gemeinsam daran gearbeitet, den Bus technisch, organisatorisch und rechtlich einsatzbereit zu machen. Wir haben Fachverfahren eingebunden, datenschutzrechtliche Anforderungen umgesetzt, eine redundante Datensicherung aufgebaut und die Kolleginnen und Kollegen eingewiesen. Wir wollten den Bürgerservice moderner, bürgernäher und zukunftsfähiger aufstellen.

Es ist mir nicht gelungen, die Mehrheit der Stadtverordneten von diesem Mehrwert für die Menschen unserer Stadt zu überzeugen.

„Wir bringen eine Pflichtleistung zu den Bürgerinnen und Bürgern. Freiwillig ist nur der Weg im Bus.“

Michaela Wiezorek, Bürgermeisterin

Das Argument „freiwillige Leistung“ trägt nicht

Als Hauptargument höre ich, es handele sich um eine freiwillige Leistung. Das kann ich nicht nachvollziehen. Die Dienstleistungen des Bürgeramtes sind Pflichtaufgaben der Kommune. Wir wollten sie nicht erweitern, sondern näher zu den Menschen bringen. Der Bus wäre das Instrument gewesen, um einen bestehenden Service dort anzubieten, wo er gebraucht wird.

Falsche Prioritäten

Ja, wir müssen sparen. Gerade in angespannten Haushaltslagen müssen wir sorgfältig mit öffentlichen Mitteln umgehen. Das steht außer Frage. Sparen allein darf aber nicht der Maßstab sein. Politik heißt, Prioritäten zu setzen. Nach meiner Auffassung wurde hier an der falschen Stelle gespart.

Bei über 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hätte eine zusätzliche Mitarbeiterin oder ein zusätzlicher Mitarbeiter im Bürgeramt den mobilen Service ermöglicht. Sie oder er hätte zugleich den Service im Rathaus entlastet. Bürgernähe, Servicequalität und Effizienz sind keine Gegensätze. Sie gehören zusammen.

Was bleibt?

Ich bedaure die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung sehr. Nicht weil ein Projekt der Verwaltung endet, sondern weil eine Chance ungenutzt bleibt: Verwaltung näher zu den Menschen zu bringen, Teilhabe zu ermöglichen und denen zu helfen, die nicht selbstverständlich mobil sind.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht eine moderne, erreichbare und lebensnahe Verwaltung. Dafür setze ich mich weiter ein.

Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die den mobilen Bürgerservice aufgebaut haben.

Michaela Wiezorek

Bürgermeisterin der Stadt Königs Wusterhausen